

Fragen

für die Fragestunde der 242. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. Juni 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	49
Beckmeyer, Uwe (SPD)	99, 100	Kaczmarek, Oliver (SPD)	32, 33
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	58, 59	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 88
Brase, Willi (SPD)	16, 17	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Kieckbusch, Susanne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	89, 90
Bülow, Marco (SPD)	5, 6	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Burchardt, Ulla (SPD)	20, 21	Kipping, Katja (DIE LINKE.)	56, 57
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 72
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	43, 44	Körper, Fritz Rudolf (SPD)	62
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	97, 98
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	91, 92	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Gerdes, Michael (SPD)	18, 19	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	42, 93	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81, 82
Hagemann, Klaus (SPD)	28, 29	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	40, 41
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67
Herzog, Gustav (SPD)	95, 96	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Höger, Inge (DIE LINKE.)	70, 71	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	51, 52	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	85, 86
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 102		
Humme, Christel (SPD)	34, 35		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	50, 101		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Röspel, René (SPD)	26, 27	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	45, 48
Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	24, 25	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83, 84
Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	79, 80	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 63
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	30, 31	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	53, 54
Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76	Vogt, Ute (SPD)	13, 14
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	22, 23	Wicklein, Andrea (SPD)	94
Schwabe, Frank (SPD)	7, 8	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	60, 61

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Was sind die Gründe für den Anstieg des Ammoniakwertes in 2011 gegenüber 2010 und die erneute Überschreitung des Grenzwertes der NEC-Richtlinie von 550 kt/Jahr (www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ammoniak-Ausstoss-aus-Landwirtschaft-uebersteigt-Grenzwert-1138680.html), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Landwirtschaft, um den Grenzwert dauerhaft einzuhalten?

2. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Initiativen einiger Bundesländer zur Verbesserung des Immissionsschutzrechtes im Hinblick auf Tierhaltungsanlagen?

3. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Fortschritte bei den Vorbereitungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für seine kommende Stellungnahme zum Genehmigungsentwurf des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (StMUG) vom 20. Juni 2012 zur beantragten Leistungserhöhung des Atomkraftwerks Gundremmingen hat es seit dem diesbezüglichen BMU-Beratungsauftrag an die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit vom 18. Juli 2012 bis dato gegeben (bitte nicht nur die Fortschritte bei dem Beratungsauftrag angeben, sondern bei allen BMU-Vorbereitungen wie z. B. auch Besprechungen/Austausch mit dem StMUG; bitte möglichst mit Datum), und welche weiteren Schritte wie z. B. Einbezug weiterer Sachverständiger oder Befassung der Reaktor-Sicherheitskommission sind seitens des BMU noch für/vor o. g. BMU-Stellungnahme geplant (bitte möglichst mit Zeitplan)?

4. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Treffen, insbesondere zur Frage einer Zwischenlagerung der 26 aus Frankreich und England zurückzuführenden Behälter mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen an anderen Zwischenlagerstandorten als Gorleben, hat es seit April 2013 zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den vier großen Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen sowie eventuell deren gemeinsamer Tochterfirma GNS bis dato gegeben (bit-

- te mit Datum, Arbeitsgruppe und Ebene angeben), und welche derartigen Treffen sind noch geplant, insbesondere auf Spitzenebene (bitte ebenfalls mit Datum, Arbeitsgruppe und Ebene angeben)?
5. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Mit welchen konkreten Forderungen und Erwartungen geht die Bundesregierung bzw. ihr Vertreter, der Ministerialdirektor Gerald Hennenhöfer, in die zweite europäische Konferenz zur nuklearen Sicherheit, die am 11. und 12. Juni 2013 in Brüssel stattfindet, und was sind nach Ansicht der Bundesregierung die konkreten Mindestziele, die auf der Konferenz erreicht werden sollten?
6. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Inwiefern rechnet die Bundesregierung damit, dass bei der zweiten europäischen Konferenz zur nuklearen Sicherheit, die am 11. und 12. Juni 2013 in Brüssel stattfindet, Ergebnisse erreicht werden, die in der weiteren Folge regierungspolitisches Handeln bezüglich deutscher Regularien und Vorschriften oder auch konkretes Handeln an deutschen Atomkraftwerkstandorten nötig machen?
7. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Ist es nach dem jetzigen Stand der Regelungsvorschläge der Bundesregierung zur Fracking-Technologie ausgeschlossen, dass wassergefährdende, human- oder ökotoxische Stoffe bei Fracking-Maßnahmen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verwendet werden?
8. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Über welches konkrete schriftliche Konzept verfügt die Bundesregierung für den geplanten „Club der Energiewendestaaten“?
9. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum ist es nach dem geplanten Gesetzentwurf zum Thema „Fracking“ zulässig, in der Umgebung von Wasserbezugsquellen der Lebensmittelindustrie Erdgas unter Einsatz des Fracking-Verfahrens zu fördern, bei dem giftige Chemikalien in den Boden gepresst werden, und welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus der folgenden Aussage des Deutschen Brauer-Bundes e. V.: „Die bislang von der Bundesregierung vorgesehenen Gesetzesänderungen reichen nicht aus, um die erforderliche Si-

cherheit für die Trinkwasserversorgung sicherzustellen und den Anforderungen an das Reinheitsgebot für Bier Rechnung zu tragen“ (siehe Artikel „Bierbrauer fürchten Fracking“ im Handelsblatt vom 23. Mai 2013 vor dem Hintergrund, dass ca. die Hälfte der deutschen Brauereien ihr Wasser nicht aus Trinkwasserschutzgebieten bezieht und damit grundsätzlich von einer Verunreinigung ihres Brauwassers durch Fracking betroffen sein könnte)?

10. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Beschlüsse (bitte unter Angabe der daraus folgenden Umsetzungsaufträge für die Bundesregierung) wurden auf dem Treffen des vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, initiierten Energiewende-Clubs gefasst, und welche weiteren Treffen (unter Angabe der zu beratenden Themen) wird es in diesem Jahr noch geben?
11. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worin sieht die Bundesregierung den Mehrwert des „Clubs der Energiewendestaaten“ im Vergleich zu bereits bestehenden Institutionen und Initiativen, und wie soll der Ausbau der erneuerbaren Energien innerhalb des „Clubs der Energiewendestaaten“ konkret vorangetrieben werden?
12. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages eine entsprechende konzeptionelle Vorlage zur Bewertung zukommen zu lassen, die den Mitgliedern des Ausschusses vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, für Anfang/Mitte dieses Jahres in Aussicht gestellt wurde (vgl. Kurzprotokoll der 86. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 12. Dezember 2012, S. 21), und soll dies noch geschehen?
13. Abgeordnete
**Ute
Vogt**
(SPD)
- Womit begründet nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Kommission die Ablehnung der Anerkennung für die Zertifizierungssysteme REDcertDE und ISCC-DE nach der Richtlinie 2009/28/EG, obwohl diese Systeme von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung und der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung und von der EU-Kommission als freiwillige Regelungen anerkannt sind, und welche Maßnahmen hat die Bundesregie-

nung ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um eine Anerkennung des deutschen Zertifizierungssystems herbeizuführen?

14. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Wie kam es aus Sicht der Bundesregierung dazu, dass Deutschland ein Zertifizierungssystem etabliert hat, das mit dem EU-System nicht übereinstimmt, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung (bzw. das BMU), um in Deutschland angebautem, zertifiziertem Raps die EU-Zertifizierung zu ermöglichen und ein Ausweichen der Biokraftstoffproduzenten auf importiertes Palmöl zu verhindern?
15. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe spart der Eigenverbrauch von Betreibern von Photovoltaikanlagen bislang Umlagekosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein (im Vergleich zu einer Einspeisung der eigenverbrauchten Kilowattstunden)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

16. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Nach welchen Kriterien wurden die 18 Standorte des „nanoTruck“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bis zur Bundestagswahl 2013 ausgewählt, und für wie viele der 18 Fälle liegen Anfragen der Abgeordneten für ihren jeweiligen Wahlkreis vor?
17. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Wurden Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gezielt auf das Informationsangebot „nanoTruck“ des BMBF hingewiesen, und falls ja, wurden Mitglieder der Oppositionsfraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in gleicher Weise über die Möglichkeit informiert, den „nanoTruck“ in ihren jeweiligen Wahlkreis einzuladen bzw. anzufragen?
18. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Nach welchem Verfahren wurde die Entscheidung über die Reiseroute des „nanoTruck“ getroffen (z. B. nach Eingang der Anfrage oder nach der möglichen Breitenwirkung des Infoangebots)?

19. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Aufgrund der Anfrage von welcher Person bzw. Institution reist der „nanoTruck“ am 5. und 6. August 2013 nach Barth, und welche Person hat abschließend über die Reiseroute des „nanoTruck“ entschieden?
20. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung um einen Zufall, dass der „nanoTruck“ des BMBF bis zur Bundestagswahl 2013 in der Zeit vom 24. Mai bis zum 20. August 2013 die Wahlkreise von 15 direkt gewählten Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion und nur eines direkt gewählten Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. besuchen wird, und falls nein, welche Gründe gibt es für dieses deutliche Übergewicht zugunsten von Mitgliedern der Fraktion der CDU/CSU (www.nanotruck.de/tour/standorte.html, Zugriff am 24. Mai 2013)?
21. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages eine Auflistung der Anfragen für den „nanoTruck“ für den Zeitraum Juni bis August 2013 mit Namen des Anfragenden bzw. der anfragenden Einrichtung sowie Eingangsdatum der Anfrage und – sofern eine entsprechende Information versandt wurde – den Originaltext von Informationsschreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an Mitglieder des Deutschen Bundestages, in denen über die Anforderungsmöglichkeit des „nanoTruck“ informiert wurde, zeitnah zur Verfügung stellen, und falls ja, wann wird das BMBF die entsprechenden Unterlagen bereitstellen?
22. Abgeordneter
Sven Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung um einen Zufall, dass der „nanoTruck“ bis zur Bundestagswahl unter anderem die Wahlkreise von drei Parlamentarischen Staatssekretären (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesministerium für Gesundheit), von dem im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für das Bundesministerium für Bildung und Forschung zuständigen Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU, von dem für Bildung und Forschung zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, von drei Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages, von zwei stellvertretenden Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Aus-

schuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages sowie den Wahlkreis der Bundeskanzlerin besucht?

23. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Empfehlung im Bürgerreport „Demographischer Wandel“, laut der eine Änderung des Grundgesetzes (GG) notwendig sei mit dem Ziel, eine „Gesamtverantwortung von Bund und Ländern in der Bildungspolitik“ festzuschreiben, gezogen, und wird die Bundesregierung ihren Vorschlag zur Änderung des Artikels 91b GG dahingehend überarbeiten, dass er den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Bürgerbeteiligungsverfahrens Rechnung trägt?
24. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- In welcher Höhe plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Haushaltsmittel im Haushalt für die kommunikative Begleitung der Hightech-Strategie (HTS) für 2014 vorzusehen, und welche Verbesserungen in der kommunikativen Begleitung der HTS plant das BMBF angesichts der Kritik des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) (vgl. SPIEGEL ONLINE „Hightech-Strategie: Firmen werfen Merkel falsche Zukunftspolitik vor“ vom 23. April 2013 sowie DIHK „Wie Forschung und Innovation Deutschland stark machen. Innovationspolitische Impulse der IHK-Organisation für die 18. Wahlperiode“, April 2013), der festgestellt hat, dass nur ein Drittel der Unternehmen die Zukunftsprojekte der HTS kennt?
25. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Mittels welcher Nachweise/Gutachten/wissenschaftlichen Analysen kann die Bundesregierung den direkten Zusammenhang zwischen der Hightech-Strategie und der Zunahme der Beschäftigungszahlen in Forschung und Entwicklung in Deutschland belegen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 97 des Abgeordneten Klaus Hagemann auf Bundestagsdrucksache 17/13375)?
26. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wie erklärt es die Bundesregierung, dass einerseits die Hightech-Strategie ein breites Themenspektrum abdeckt, andererseits aber die vom BMBF in der Antwort auf die Schriftliche Frage 97 des Abgeordneten Klaus Hagemann auf Bundestagsdrucksache 17/13375 angeführten Zahlen zu den volkswirt-

schaftlichen Effekten der HTS (v. a. Zahl der in der Forschung und Entwicklung (FuE) arbeitenden Menschen) im Wesentlichen begründet sind mit Investitionen von Großunternehmen, die zumeist in der Kfz-Branche tätig sind?

27. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die These, dass es „klar messbare Effekte“ der HTS auf die Zahl der in FuE arbeitenden Menschen gebe (vgl. die Antwort auf die Schriftliche Frage 97 des Abgeordneten Klaus Hagemann auf Bundestagsdrucksache 17/13375) angesichts der Aussage des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA): „Der Anteil der in FuE Beschäftigten an allen Beschäftigten im Maschinenbau hatte in den letzten 10 Jahren stetig zugenommen und liegt derzeit bei rund sieben Prozent.“ (VDMA, Kennzahlen zu Forschung und Innovation im Maschinenbau, Februar 2012, S. 8) sowie angesichts der Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW): „Der Anstieg der Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft in den letzten eineinhalb Jahrzehnten wurde im Wesentlichen von den Großunternehmen (500 und mehr Beschäftigte) getragen. Sie steigerten ihre nominellen Innovationsbudgets von rund 35 Mrd. € im Jahr 1995 auf fast 100 Mrd. € im Jahr 2011 annähernd verdreifacht.“ (ZEW, Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2012, S. 12)?

28. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung, die in der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates vertreten ist, mit der Vorlage der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erbetenen Vorschläge dieser Institution für einen Zukunftspakt 2022, und welche Position vertritt die Bundesregierung im Einzelnen hinsichtlich einer „radikalen Infragestellung der Finanzierungsgrundsätze des Wissenschaftssystems“, der weiteren „Schärfung der Profile der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft“, der „Evaluation der Rolle und der Funktion der Helmholtz-Gemeinschaft“ und des Ziels, zwei bis fünf Universitäten zu internationalen Spitzenuniversitäten auszubauen („Zukunft der Wissenschaft – Elitewettbewerb für immer und für alle“, DER TAGESSPIEGEL vom 19. April 2013)?

29. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie ist im Bereich der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung der aktuelle Stand an noch nicht überprüften Zuwendungsbescheiden – unter Angabe der Anzahl der Fälle und des Fördervolumens –, und welche Ergebnisberichte und Evaluierungen zu den neugeschaffenen Instrumenten im Wissens- und Technologietransfer beabsichtigt die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorzulegen?
30. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie viele Anrufe sind seit Beginn des Jahres 2013 bei der BMBF-Hotline „Forschungsförderung“ eingegangen, und wie viele Anrufe sind bei der Hotline „Lotsendienst für Unternehmen“ eingegangen?
31. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie viele Anrufe sind seit Beginn des Jahres 2013 bei der BMBF-Hotline „Bildungsprämie“ eingegangen, und wie viele Anrufe sind bei der Hotline „Deutschlandstipendium“ eingegangen?
32. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zu dem Vorschlag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Prüfstelle für bildungsgefährdende Unterrichtsmaterialien einzuführen?
33. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Wird es durch – und falls ja, durch welche – ESF-Schwerpunkte der Förderperiode 2014–2020 des BMBF möglich sein, Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland zu fördern?
34. Abgeordnete
Christel Humme
(SPD)
- Welche konkreten Fördermaßnahmen bereitet die Bundesregierung vor, um die von der Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka festgestellte fehlende Dynamik der Frauenförderung in der Wissenschaft zu überwinden (Handelsblatt vom 23. Mai 2013)?
35. Abgeordnete
Christel Humme
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Potenziale einer wissenschaftsspezifischen, gestuften Zielquote (so genanntes Kaskadenmodell) sowie einer Frauenquote von 40 Prozent

auf Entscheidungsebenen und in Evaluierungsgremien von Forschungseinrichtungen und Hochschulen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

36. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Umstände und neuen Sachverhalte haben den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, veranlasst, in der „Passauer Neue Presse“ vom 18. Mai 2013 seine bisherige Zustimmung zum Entwurf der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie der EU in Frage zu stellen und aufgrund einer „neue[n] Lage“ für die Bundesregierung „eine Neubewertung ihrer bisherigen Position“ anzukündigen?
37. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Mitteln wird die Bundesregierung verhindern, dass kommunale Wasserversorger mit Minderheitenbeteiligungen von privaten Anteilseignern in eine europaweite Ausschreibung gezwungen werden und die interkommunale Zusammenarbeit über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hinaus eingeschränkt wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

38. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hält die Bundesregierung ihre Aussage in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 36 (Plenarprotokoll 17/239, Anlage 20), dass die Entrichtung einer Aufbausteuer durch eritreische Staatsangehörige nicht gegen völkerrechtliche Regeln verstoße, mit den Absätzen 10 und 14 der UN-Sicherheitsratsresolution 2023 vom 5. Dezember 2011 für vereinbar, die alle Mitgliedstaaten dazu auffordert, die Eintreibung dieser Steuer zu verhindern, da damit Waffengeschäfte in Ostafrika finanziert werden?

39. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum behauptete die Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag unzutreffend eine Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan sowie der Kampfbereitschaft der afghanischen Sicherheitskräfte ANSF, während der Konteradmiral Rainer Brinkmann gegenüber Journalisten nun eingestand, dass 2012 die Zahl „sicherheitsrelevanter Zwischenfälle“ allein in der Nordregion gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent auf 1 228 rapide angestiegen sei (SPIEGEL ONLINE vom 29. Mai 2013) und obwohl der Generalinspekteur Volker Wierer einige Bundestagsabgeordnete vertraulich darüber unterrichtete, bei dem tödlichen Angriff auf deutsche KSK-Soldaten am 4. Mai 2013 seien die zuvor von Deutschen ausgebildeten begleitenden 25 afghanischen Elitopolizisten (PRC) zweimal „unkoordiniert“ geflüchtet (FAZ vom 28. Mai 2013), was zuvor das Bundesministerium der Verteidigung in seiner offiziellen „Unterrichtung des Parlaments“ 19/13 vom 7. Mai 2013 dem Deutschen Bundestag verschwiegen hatte, und ist die Bundesregierung endlich bereit, der deutschen Öffentlichkeit nun die volle Wahrheit über die Sicherheitsentwicklung in Afghanistan einzugestehen, dass vermeintliche Fortschritte in der Nordregion zumindest nicht mehr bestehen, die Bemühungen darum während der letzten Jahre alles in allem vergeblich waren und die ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräfte nun in „Absetzbewegungen“ zu den Taliban überlaufen (FAZ a. a. O.)?
40. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Information, dass die US-Streitkräfte offenbar von ihrem Afrika-Kommando in Stuttgart (AFRICOM) und in Ramstein (AOC) aus tödliche Kampfdrohneinsätze gegen Personen in Somalia durchgeführt haben sollen (vgl. u. a. ARD-Fernsehmagazin „Panorama“ vom 30. Mai 2013), und seit wann weiß die Bundesregierung oder wissen ihr nachgeordnete Stellen von diesen tödlichen Kampfdrohneinsätzen?
41. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche rechtlichen und völkerrechtlichen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen öffentlich gewordenen Aktivitäten der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte?

42. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung ihre Unkenntnis in Bezug auf die US-Drohnen-Kriegsführung von deutschem Boden aus, d. h. von der US-Militärbasis Ramstein und dem AFRICOM Stuttgart (Süddeutsche Zeitung vom 30. Mai 2013)?
43. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Prozess gegen den 25-jährigen US-Obergefreiten Bradley Manning in den USA, dem vorgeworfen wird, die US-Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan mit Hilfe der Enthüllungsplattform WikiLeaks öffentlich gemacht zu haben, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, damit Bradley Manning menschenwürdige Haftbedingungen und ein faires, rechtsstaatliches Verfahren in den USA erhält?
44. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt es die Bundesregierung, dass sie wichtige Informationen den vermeintlichen Abschuss eines türkischen Aufklärungsflugzeuges am 22. Juni 2012 durch die syrische Armee betreffend mit dem Verweis als geheime Verschlussangelegenheit einstuft, „dass dem Bundesnachrichtendienst [sonst womöglich] keine schutzbedürftigen Erkenntnisse [mehr] anvertraut werden“, während sie zugleich und in derselben Bundestagsdrucksache (Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/13515) behauptet, ihr lägen keine Informationen u. a. über „Waffenlieferungen und andere Formen der Unterstützung der Aufständischen über die Türkei und durch türkische Behörden“ und „den Beschuss von Zielen in Syrien durch die türkische Armee am 3. Oktober 2012“ vor, und aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für nötig, auch den Inhalt eines Berichts der NATO über den vermeintlichen Abschuss des türkischen Armeeflugzeuges dem Parlament und der Öffentlichkeit trotz mehrfacher Nachfrage vorzuenthalten?
45. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang kamen – mit Blick auf den von UNICEF am 30. Mai 2013 veröffentlichten Weltkinderreport 2013 (siehe u. a. www.kobinet-nachrichten.org) humanitäre Hilfeleistungen aus Deutschland Menschen mit Behinderungen, insbesondere Kindern mit Behinderungen, zugute, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln aus diesem Report?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

46. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele der in Deutschland lebenden Verurteilten/
Tatverdächtigen des Sivas-Massakers (siehe die Ant-
wort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf
Bundestagsdrucksache 17/7766) haben einen Ein-
bürgerungsantrag gestellt, und wie wurde darüber
entschieden?
47. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Auslieferungsersuche für die in Deutsch-
land lebenden Verurteilten/Tatverdächtigen des Si-
vas-Massakers sind nach der Beantwortung der Klei-
nen Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/7766) noch
hinzugekommen, und wie wurde darüber entschie-
den?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

48. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.) Welche Publikationen hat oder plant die Bundesre-
gierung zu den Themenbereichen Patientenverfü-
gung, Vorsorgevollmacht, Organspendeausweis und
Testament, welche davon auch in leichter Sprache?
49. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) Was hat die Bundesregierung seit der Ankündigung
der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheuser-
Schnarrenberger, bei ihrem Besuch in Israel, sich
für eine erneute Erörterung des Themas „Ghetto-
Renten“ im Bundeskabinett einzusetzen (dpa-Mel-
dung vom 22. Mai 2013), konkret in dieser Richtung
unternommen, und inwiefern stimmt sie der Aussa-
ge der Bundesministerin zu, es gebe in dieser Hin-
sicht noch Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über
die Überprüfung, durch welche die Troika (EU-
Kommission, Europäische Zentralbank und Interna-
tionaler Währungsfonds) Medienberichten zufolge

die Kompatibilität einer Verordnung des andalusischen Parlaments zum Schutz vor Zwangsräumungen mit den Bedingungen des Memorandum of Understanding feststellen wollte (http://politica.elpais.com/politica/2013/05/09/actualidad/1368124646_474464.html sowie www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/spanien-zum-schutz-der-eigenen-vier-waende-12190337.html), und ist die Bundesregierung der Meinung, dass die erwähnte Verordnung gegen die Auflagen des Memorandums verstößt (bitte begründen)?

51. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Ergebnissen einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) Berlin zu Aufkommen und Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung in Deutschland (DIW Wochenbericht Nr. 22+23.2013, Unternehmensbesteuerung: Hohe Gewinne – mäßige Steuereinnahmen), wonach zwischen den gesamtwirtschaftlichen und den versteuerten Unternehmensgewinnen eine Besteuerungslücke in Höhe von etwa 90 Mrd. Euro existiert, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über mögliche Ursachen für eine solche Besteuerungslücke?
52. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Mit welchen fiskalisch negativen Folgen rechnet die Bundesregierung aufgrund der Tatsache, dass bei der Bewertung von übernommenen Verpflichtungen und der damit verbundenen Möglichkeit zur steuermindernden Realisierung von stillen Lasten keine gesetzliche Änderung durch das AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz vorgenommen wurde, und welche inhaltlichen Bedenken hat die Bundesregierung gegen den diesbezüglichen Vorschlag der Länder gemäß der Bundestagsdrucksache 17/13036?
53. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung eine weiterhin bestehende Notwendigkeit zur Förderung von Beschäftigung durch die steuerliche Regelung zum Abzug von haushaltsnahen Dienstleistungen nach § 35a des Einkommensteuergesetzes, und wann wird die Bundesregierung diesbezüglich eine Evaluierung vorlegen?
54. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist das Bundeszentralamt für Steuern in die Überprüfung von Rentenmitteilungen hinsichtlich einer sich ergebenden Steuerpflicht von Rentempfängerinnen bzw. -empfängern eingebunden, und inwieweit erfolgt dabei ein Datenabgleich auf automatische Art und Weise?

55. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche bundeseigenen Unternehmen sind außerhalb Deutschlands angesiedelt, und welche konkreten Steuervorteile bzw. -privilegien gelten jeweils?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

56. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Welche Vorarbeiten (Studien, Gutachten, Berechnungen etc. verschiedener Sachverständiger) liegen der Bundesregierung zur Ausführung ihrer Berichtspflicht nach § 10 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes zur Weiterentwicklung der Methode zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch aktuell vor, und wann wird die Bundesregierung ihre politischen Schlussfolgerungen aus den vorliegenden Vorarbeiten dem Deutschen Bundestag zur Debatte vorlegen?
57. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Welche Vorschläge werden in diesen Vorarbeiten gemacht, um die spezifischen Bedarfe von weiteren volljährigen Personen in einer Bedarfsgemeinschaft zu ermitteln, und wie bewerten diese Vorarbeiten den Status quo?
58. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Welche Vorschläge werden in Vorarbeiten zur Ausführung der Berichtspflicht der Bundesregierung nach § 10 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes zur Weiterentwicklung der Methode zur Ermittlung von Regelbedarfen nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Studien, Gutachten, Berechnungen etc.) gemacht, um aus der statistischen Referenzgruppe diejenigen Haushalte verlässlich auszuschließen, deren „eigene Mittel nicht zur Deckung des jeweils zu unterstellenden Bedarfs nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ausreichen“ (§ 10 Absatz 2 Nummer 1 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes), um der verfassungsrechtlichen Vorgabe, Zirkelschlüsse bei der Festlegung der Regelbedarfe zu vermeiden, gerecht zu werden?

*) Siehe auch Frage 102.

59. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Wie bewerten die vorliegenden Vorarbeiten die von der Bundesregierung ermittelten Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen, und welche Vorschläge werden für die zukünftige eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen vorgelegt?
60. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Was sind in den zurückliegenden zehn Jahren die acht Branchen mit der höchsten und die acht Branchen mit der niedrigsten Reallohnentwicklung gewesen (bitte jeweils entsprechende Steigerungsdaten nennen), und wie hat sich in diesen Branchen die Tarifbindung entwickelt (bitte auch entsprechende Daten nennen)?
61. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Zusammenhang von Tarifbindung und Lohnentwicklung (soweit dazu Zahlen vorliegen, bitte nennen), und welche Überlegungen gibt es in der Bundesregierung zu einer möglichen Reform der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

62. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Welche Gründe gibt es aus Sicht der Bundesregierung für die zum Teil zu lange Dauer bei der Bearbeitung zur Feststellung von Wehrdienstbeschädigungen aufgrund psychischer Erkrankungen (Ausschussdrucksache 17(12)1196), und spricht aus Sicht der Bundesregierung etwas dagegen, durch einen Rückgriff auf Psychologische Psychotherapeuten als Gutachter die Bearbeitungszeiten zu verringern?
63. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass die Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter der Bundeswehr-Beschaffungsbehörde (BAAINBw) und den Ministerialrat G. C. wegen Untreue sowie wegen Anstiftung hierzu gegen Verantwortliche der Firma Heckler & Koch ermittelt (vgl. DER TAGESSPIEGEL und SPIEGEL ONLINE jeweils vom 27. Mai 2013), weil die Bundeswehr Anfang 2012 mehr als 12 000 Gewehre G36 ankaufte („EILT SEHR“), obwohl die Bundeswehr-Materialprüfer der Wehrtechnischen Dienststelle 91 sowie der Bundesrechnungshof 2011 ungenügende Treffgenauigkeit der Geweh-

re, sicherheitsgefährdende Überhitzung etwa im Afghanistanereinsatz sowie zu hohen Verschleiß gerügt hatten (vgl. DER SPIEGEL vom 1. April und 9. September 2012; ZDF-Magazin „Frontal 21“ am 27. November 2012), und warum hat das Bundesministerium der Verteidigung dies in seiner Antwort vom 12. Dezember 2012 auf meine Mündliche Frage 77 (Plenarprotokoll 17/213, S. 128, Anlage 52) geleugnet („Es wurde kein Mangel am Gewehr G 36 festgestellt. [Es] ist zuverlässig und [...] tauglich [...] in den laufenden Einsätzen.“) und angegeben, gegen die Eignung des Herstellers Heckler & Koch gebe es „keine Bedenken“?

64. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise (durch wen, wann) hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Kenntnis von der Aufforderung des Bundesrechnungshofes zur Übersendung der kompletten Unterlagen zur Beschaffung der Aufklärungsdrohne Euro Hawk erhalten, und wie hat sie auf die Ablehnung dieses Ersuchens durch das Bundesministerium der Verteidigung reagiert?
65. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundeskanzlerin gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung ergriffen, nachdem sie von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten hatte, um die vollständige Herausgabe dieser Unterlagen an den Bundesrechnungshof zu veranlassen?
66. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Zulassungsziel hat der Euro-Hawk-Entwicklungsvertrag von 2007 vorgesehen, und inwiefern wurde dieses bis heute erfüllt?
67. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern besteht aus Sicht der Bundesregierung die Gefahr, dass für die Global-Hawk-Drohnen des NATO-AGS-Programms ähnliche Probleme mit der Zulassung für den Luftraum entstehen, und inwiefern hat sie sich hierzu seit Beginn des AGS-Programms mit ihren NATO-Partnern ausgetauscht?

68. Abgeordnete
**Agnes
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche eigenen Prüfungen wurden nach Bekanntwerden des Berichts des US-Operational Test and Evaluation Center über die technischen Mängel und Einsatzuntauglichkeit des RQ-4B Global Hawk unternommen bzw. in Auftrag gegeben, und welche Gegeneinschätzung rechtfertigte das Festhalten an der Entwicklung und Beschaffung des Euro Hawk?
69. Abgeordnete
**Agnes
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Implikationen hat die Einstellung der Serienbeschaffung des Euro Hawk auf die deutsche Beteiligung an der NATO-AGS-Core-Beschaffung von Global Hawks sowie die Pläne der Bundeswehr zur Beschaffung von unbemannten Systemen der Kategorie MALE?
70. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- In welcher Form soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die „notwendige gesellschaftspolitische Debatte“ in die Entscheidung der Bundesregierung zur Beschaffung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge einfließen, bzw. in welcher Form ist sie eingeflossen?
71. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- Hat das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die Verträge zum Euro Hawk mit der Firma Northrop Grumman mittlerweile gekündigt, und falls nicht, warum nicht?
72. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wäre nach Kenntnis der Bundesregierung eine Verkehrszulassung der italienischen Streitkräfte für die NATO-AGS-Drohnen mit den Anforderungen der Zulassung vergleichbar, die die Bundeswehr für den Euro Hawk verfolgt hat, und inwiefern würde eine solche Zulassung durch italienische Behörden einen Einsatz dieser Drohnen auf deutschen Flughäfen und im deutschen Luftraum erlauben?
73. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass sämtliche Beteiligten am Vertrag zwischen der Bundesregierung und der EuroHawk GmbH das Recht hatten, sämtliche Musterunterlagen in den Räumlichkeiten von Northrop Grumman einzusehen, und hat die Bundesregierung davon Gebrauch gemacht?

74. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Aussage des amerikanischen Vertragspartners Northrop Grumman (DER TAGESSPIEGEL vom 29. Mai 2013) zutreffend, dass mit dem Demonstrator auch ein Antikollisionssystem mitgeliefert worden ist und dieses bis heute nicht eingebaut wurde?
75. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wann wurde das vertraglich vereinbarte Zulassungsziel des Euro-Hawk-Entwicklungsvertrags von 2007 seither geändert?
76. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder des Betriebsrates des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) bzw. des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) Warnungen bezüglich der Zulassung des Euro Hawk wem gegenüber vorgetragen?
77. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann war dem Bundesministerium der Verteidigung bekannt, dass die US Air Force die geplante Beschaffung des Global Hawk Block 20/30 einstellt, und inwieweit wurde überprüft, ob eine wirtschaftliche Versorgung einer deutschen Euro-Hawk-Flotte auf Basis des Block 20/30 über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren trotzdem ermöglicht werden kann?
78. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer war mit der Prototypenprüfung des Euro Hawk zu welchem Zeitpunkt befasst?
79. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass das Bundesministerium der Verteidigung dem Bundesrechnungshof keinen vollen Zugang zu den vom Bundesrechnungshof angeforderten Unterlagen für die Drohne Euro Hawk gewährt hat, und wenn ja, aus welchen Gründen?

80. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
Aufgrund welcher Erkenntnisse und wann gelangte das BMVg zu der Auffassung, dass eine Musterzulassung für die Drohne Euro Hawk nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu erreichen wäre?
81. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Bis wann soll das Euro-Hawk-Programm der Bundeswehr weiterlaufen, und welche Kosten plant das Bundesministerium der Verteidigung dafür ein?
82. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wieso geht der Hersteller der Euro-Hawk-Drohne von weitaus geringeren Kosten für die Zulassung der Drohne als das Bundesministerium der Verteidigung aus, und inwiefern fand die Ermittlung der durch das Bundesministerium der Verteidigung angegebenen Kosten von 500 bis 600 Mio. Euro für eine Zulassung in Absprache mit dem Hersteller statt?
83. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern ist ein überarbeitetes Angebot in die Bewertung des Bundesministeriums der Verteidigung über die Fortführung des Euro-Hawk-Programms eingeflossen, und welches konkrete Angebot bezüglich der Projektkosten hat der Hersteller der Euro-Hawk-Drohne in 2013 unterbreitet?
84. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann hat der Hersteller der Euro-Hawk-Drohne in 2013 angekündigt, eine überarbeitete Preiskalkulation für das Programm vorzulegen, und wann ist dieses überarbeitete bzw. neue Angebot beim Bundesministerium der Verteidigung eingegangen?
85. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann waren der Bundesminister der Verteidigung und die Staatssekretäre des Bundesministeriums der Verteidigung jeweils erstmals mit den Problemen in der Zusammenarbeit mit dem Bundesrechnungshof beim Euro-Hawk-Programm befasst, und welche Position haben sie dabei jeweils vertreten?

86. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sah sich das Bundesministerium der Verteidigung in der 21. Kalenderwoche 2013, im Gegensatz zu der Zeit davor, dazu in der Lage, ungeschwärzte Unterlagen zum Euro-Hawk-Programm an den Bundesrechnungshof als Verschlussache weiterzugeben, und welche konkrete Erkenntnis hat zu dieser Weitergabe geführt?
87. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wurde der Euro-Hawk-FSD vor der Überführung nach Deutschland für den US-Luftraum zugelassen, und inwieweit wurde beabsichtigt, für die Überführung des Euro-Hawk-FSD eine Zulassung in den USA zu erwirken (FSD = Full Scale Demonstrator)?
88. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern trifft die Aussage des früheren Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, zu, dass ein Kollisionswarnsystem und Regressansprüche Teile der Vertragsunterzeichnung 2007 waren (vgl. Bild am Sonntag vom 26. Mai 2013), und warum verfügt der Euro Hawk weiterhin nicht über ein Kollisionswarnsystem, obwohl der Hersteller angibt, dass dieses leicht nachzurüsten sei?
89. Abgeordnete
Susanne Kieckbusch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat das Bundesministerium der Verteidigung seit 2007 die Herausgabe von Dokumenten an den Bundesrechnungshof vollständig verweigert bzw. nur eingeschränkt zugelassen, und welche Gründe wurden jeweils aufgeführt?
90. Abgeordnete
Susanne Kieckbusch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind Kosten im Zusammenhang mit dem Euro-Hawk-Programm – etwa für Dienstreisen oder Infrastrukturmaßnahmen – über die vom Staatssekretär Stéphane Beemelmans in seinem Bericht vom 14. Mai 2013 (Ausschussdrucksache 17(12)1205) angegebenen Kosten hinaus angefallen, und wann genau erfolgte die diesen zugrunde liegende Leistung jeweils?
91. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welchen strategischen Zusammenhang gibt es zwischen der Neuausrichtung der Bundeswehr und dem Festhalten der Bundesregierung an der Drohnenrüstung?

92. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Wozu benötigt die Bundeswehr bewaffnete Drohnen, die vorrangig zu gezielten Tötungen eingesetzt werden, wenn ein solcher Einsatz aber von der Bundesregierung öffentlich verneint wird?
93. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche rechtlichen und technischen Möglichkeiten bestehen für die Bundeswehr und andere Behörden, unabhängig davon, welches Trägersystem zum Einsatz kommt, das SIGINT-Spionagesystem ISIS auch über dem deutschen bzw. europäischen Territorium zum Einsatz zu bringen, und wird die Bundesregierung das Scheitern des Euro-Hawk-Programms zum Anlass nehmen, eine Trägermaschine für die weitere Vertrauensbildung im Rahmen von „Open Skies“ zu beschaffen, bevor sie sich für weitere Spionageprogramme einsetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

94. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung, um den im Jahr 2014 geplanten Ausbau der A 10 bei Michendorf in Zusammenhang mit dem solaren Lärm-schutz zu sichern, und wie erklärt sie die jetzt öffentlich gewordenen Verzögerungen?
95. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Wann leitet die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den am 12. April 2013 zur Stellungnahme versendeten Referentenentwurf für eine Änderung der 16. BImSchV (Schall 03) zu, und rechnet die Bundesregierung mit einem Abschluss des Verfahrens noch in dieser Legislaturperiode?
96. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Welche Änderungsvorschläge wird die Bundesregierung aus dem Anhörungsverfahren mit Ländern und Verbänden aufgreifen, bevor sie einen Kabinettschluss herbeiführt, und werden sie den Referentenentwurf grundlegend verändern?
97. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Womit begründet die Bundesregierung die Behauptung, den Küstenschutz für Helgoland freiwillig übernommen zu haben (Hamburger Abendblatt vom 24. Mai 2013)?

98. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Trifft es zu, dass zwischen der Bundesregierung und dem Land Schleswig-Holstein im Jahr 1961 eine Vereinbarung geschlossen worden ist, nach der der Bund für den Küstenschutz der Hochseeinsel Helgoland zuständig ist?
99. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Auf welcher Grundlage hat der Bund bisher Finanzmittel für die Bestandssicherung Helgolands zur Verfügung gestellt, und welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung dafür, die Unterhaltungszuständigkeit zum jetzigen Zeitpunkt neu zu ordnen?
100. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, das die Zuständigkeit des Bundes für Arbeiten und Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes der Insel Helgoland festschreibt, und wie begründet sie ihre Einschätzung (vgl. Hamburger Abendblatt vom 25. Mai 2013), dass es sich bei der bisher von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes wahrgenommenen Sicherung des Inselsockels Helgolands nicht um eine Unterhaltungsaufgabe mit Verkehrsbezug handele und die Sicherung des Bestandes der Insel Helgoland laut dem Bundesminister Dr. Peter Ramsauer „also nicht Bundesaufgabe“ sei?
101. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind polizeiliche oder verkehrspolitische Bundesbehörden in die Planung, Entwicklung, Durchführung oder Auswertung von Maßnahmen der Deutschen Bahn AG involviert, womit diese Teile ihrer Anlagen mit einer oder mehreren fliegenden Kameras überwachen, um das Anbringen von Graffiti zu verfolgen (Süddeutsche Zeitung vom 27. Mai 2013, 18:04 Uhr), und welche über den Artikel hinausgehenden Details sind der Bundesregierung dazu bekannt (insbesondere zu Ort, Typ des Flugroboters, Flugzeiten, Steuerung per Hand oder per GPS, Speicherung und Auswertung etwaiger Bilddaten sowie damit verbundene Umsetzung des Datenschutzes)?
102. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Steuervorteile bzw. -privilegien nimmt die Deutsche Bahn Finance B. V. (DB Finance) in den Niederlanden im Vergleich zum deutschen Steuerrecht in Anspruch, und wie hoch ist nach Schätzung der Bundesregierung die Ersparnis

durch die Ansiedlung der DB Finance in den Niederlanden gegenüber einer Ansiedlung in der Bundesrepublik Deutschland?*)

*) Siehe auch Frage 55.

